

Neues aus dem Neckartal

Politisches nicht nur aus Rottenburg, Hirrlingen, Starzach und Neustetten

Corona-Pandemie: Folgen für unsere Kinder Perspektivwechsel zugunsten der Kinder gefordert

Monatelang hat sich die Politik mit Milliardenbeträgen um Lufthansa und TUI gekümmert. Daimler hat 700 Mio. an Kurzarbeitergeld erhalten und erhöht jetzt die Dividenden für notleidende Aktionäre um 50 Prozent. Kinder und Jugendliche kamen bei den Regierenden höchstens vor, wenn es um Schulschließungen und verpasste Abschlussprüfungen ging.

In Rottenburg wurde die Anfrage der LINKEN im Gemeinderat, ob man Sportvereinstrainer für Spiele und Sport mit den Kleinsten in kleinen Gruppen im Freien gewinnen könne, brüsk zurückgewiesen. Vom Nachdenken darüber, wie Kinder täglich ein warmes Essen erhalten, wenn die Schulmensen geschlossen sind, gar nicht erst zu reden! Es geht aber um wesentlich mehr als um das „Nachholen“ von Lernlücken. Dies zeigt der folgende Beitrag eines Diplom-Psychologen.

Unsere Jüngsten brauchen Hilfe!

Im aktuellen Infektionsgeschehen rücken immer mehr die Kitas und Grundschulen in den Blickpunkt. Immer wieder Corona-Ausbrüche und viele offene Fragen: Sind unsere Jüngsten gefährdet? Inwieweit übertragen sie den

Virus? Gibt es Möglichkeiten für die Erforschung eines Impfstoffes für Kinder? Die Antwort: Schließung und Quarantäne.

Dabei muss aber klar sein: Mit den Maßnahmen schützen wir uns als Erwachsene, nicht unsere Kinder. Wir



erklären Kindern Regelsysteme, die sie nur schwer verstehen. Wir zwingen sie in eine Verantwortung, die nicht kindgerecht ist. Aber: Unsere Kinder sind „brav“, sie wollen es ja „gut“ machen. Dies auch, da sie noch keine kognitiven Fähigkeiten zu einer distanzierten Bewertung der Bedrohung haben, sie noch nicht mit ihrem kindlichen Verstand erfassen können. Es entsteht eine diffuse, nicht zuzuordnende Angst.

Und genau hier entwickelt sich eine Problematik, die uns Sorgen machen sollte. Kinder haben eine Vielzahl von

natürlichen, tiefen und lebendigen Grundbedürfnissen wie Lachen, Spielen, Toben auf Spielplätzen und Gemeinsamkeit mit ihren Freunden. In dieser Altersgruppe ist insbesondere der enge und lebendige Kontakt mit anderen Kindern ein zentrales Bedingung für ihre Entwicklung, ihre Sozialisation.

Kindliche Grundbedürfnisse

Was passiert nun, wenn das Ausleben dieser Grundbedürfnisse blockiert ist? An der Nahtstelle von Bedürfnissen und Blockaden entstehen Spannungszustände, die als extrem belastend und widerwillig erlebt werden. Aus schon bekannten Ergebnissen der

Hirnforschung folgendes Risiko: In den sich entwickelnden neuronalen Vernetzungen im Gehirn der Kinder entstehen Hemmungsmechanismen in der Wahrnehmung zentraler Bedürfnisse. Man kann sich dies als eine Art „Notschalter“ vorstellen. Je weniger Bedürfnisse ich wahrnehme, desto geringer die widerwillige Spannung im inneren Konflikt zwischen Bedürfnis und Blockade.

Wenn diese Hemmungsprozesse bei einem fünfjährigen Kinder ein Jahr lang aufrecht erhalten werden, ist

>>>

Und weiter:

S21 - „Bergfest“ im Talkessel Seite 3

CDU/CSU - System der Maskenmillionäre Seite 5

Hilfe! Sie haben das Grundgesetz geschrumpft Seite 9

Innovationspark Künstliche Intelligenz Seite 10



Je stärker **DIE LINKE.** desto sozialer die Stadt! Je stärker **DIE LINKE.** desto sozialer die Stadt! Je stärker **DIE LINKE.** desto sozialer die Stadt!

dies ein Fünftel seines Lebens. Dies ist durchaus vergleichbar mit einem 50-jährigen Erwachsenen, der sich zehn Jahre lang in einem kompletten Lockdown befindet.

Die viel dynamischeren neuronalen Vernetzungsprozesse im Gehirn von Kindern sind dabei nicht einmal berücksichtigt. Der Ansatz eines Ausgleichs von möglichen Bildungsdefiziten durch vermehrte Digitalisierung ist in dieser Altersgruppe der falsche Ansatz. Lerninhalte lassen sich nachholen. Inwieweit viel tiefgreifendere Prozesse der neuronalen Vernetzung im Gehirn miteinander vereinbar sind, ist offen. Dies gibt aber deutlich mehr Anlass zur Sorge.

Lebendige Kinder

Liebe Eltern, wenn Eure Kinder wild, wütend, renitent und nervig sind, dann ist dies ein Zeichen, dass sie noch gesund sind. Sie spüren noch die große Spannung, die durch nicht gelebte Bedürfnisse entsteht.

Aufmerksam sollte man werden, wenn Kinder still und leise werden und sich zurückziehen.

Was ist hilfreich?

Liebevolle Fürsorge, aber auch Selbstfürsorge. Sensible Achtsamkeit für die eigenen Bedürfnisse und die Bedürfnisse unserer Kinder. Macht den Kindern Angebote wie tanzen, singen, lachen, toben, spielen und rausgehen, um neue Räume neugierig zu erobern. Kontakte mit Gleichaltrigen fördern, so gut es geht. Es geht zentral darum, die bedürfnisorientierte Lebendigkeit unserer Kinder unbedingt zu erhalten und zu fördern.

Lebendiges Lernen

Ebenso sind hier inzwischen, neben den sich endlos wiederholenden Schließungen, endlich kreative Ansätze gefragt. Als Beispiel steht ein Projekt von Susanne Hiller, Reittherapeutin und pädagogische Assistentin. Sie möchte einen Teil ihres Geländes am

Rande des Martinsbergs für ihr Projekt „Grünes Klassenzimmer“ zur Verfügung stellen. Hier soll eine Jurte erstellt werden mit Feuerstelle und genügend Raum für Kinder aus Grundschulklassen. Der Unterricht ist geplant als lebendiges Lernen in der Natur. Biologie, Sport und Bewegung, anschauliches Lernen und „Begreifen“, soziales Lernen sowie viele Dinge, die gemeinsam zu entwickeln wären, sind geplante Inhalte.

Der Förderverein der Grundschule Kreuzerfeld unterstützt die Pläne, Lehrkräfte beraten aktuell, ein Antrag liegt dem Rathaus Rottenburg vor. **Diesem und vielen anderen Projekten kann man nur schnelle Umsetzung und viel Glück wünschen.**



Dieter J. Bergers

Diplom-
Psychologe

Tübingen

Bäume, Busse und Dach

Gastbeitrag von Berthold Biesinger, Rottenburg

Die Aussage von Herrn Weigel ist schlichtweg falsch. Ich hatte mehrfach wegen der Platanen Kontakt mit Herrn Stötzer. Dieser war entsetzt, über das Vorgehen der Stadt. Ich habe noch Frau Henning angeboten einen Kontakt zu Herrn Stötzer zu vermitteln. Sie wollte das nicht.



Technische Betriebe
Rottenburg am Neckar

Dass die Kronen der Bäume mit dem Dach der Haltestelle in Konflikt gekommen sind, der Untätigkeit der TBR geschuldet.

Die Bäume hätten jährlich geschnitten werden müssen, damit sie ihre Form behalten hätten. Vor 5 Jahren behinderten

die Bäume die Busse, jetzt das Dach. Wenn das die gleichen Gärtner sind, die die Bäume verunstaltet haben und sie nun wieder in Form bringen wollen, bin ich mal gespannt. Um die Bäume in die Kastenform zu erziehen, haben die Spezialisten der Baumschule über 10 Jahre gebraucht. Nun wollen die "Spezialisten" dies schaffen. Da habe ich doch große Zweifel. Auch wie das mit den Verstrebungen in den Kronen gehen soll ist mir ein Rätsel. Die vorhandenen Triebe sind schon so verholzt, dass sie sich nicht mehr biegen lassen. Ich denke, da ist ganz einfach jemand auf der Suche nach einer Ausrede. Ich weiß, wovon ich rede. Ich hatte die Bäume damals gepflanzt und weiß auch, was das für ein Aufwand ist, die Form zu erreichen. Wenn das Tagblatt nicht gewesen wäre hätten das sicher wenige bemerkt.

Kurz und bündig

Hauptsache Photovoltaik

Bei der Gemeinderats-Beratung über den Bebauungsplan der Hochschule für Forstwissenschaft im Schadenweiler wurde über den Parkplatz diskutiert. Gegenwärtig gibt es rund 260 Parkplätze auf unversiegeltem Boden, die auch von vielen Spaziergängern genutzt werden. Die Hochschule rechnet künftig mit rund 1.300 Studierenden. Deshalb schlugen einige Gemeinderäte ein zweigeschossiges Parkhaus vor – auf versiegelter Fläche. Ein Parkplatz kostet rund 16.000 Euro, das Parkhaus so viel wie der neu zu erbauende Mensa. Jörg Bischof (Grüne) konnte dem zustimmen, vorausgesetzt, dass auf dem Dach eine Fotovoltaik-Anlage installiert wird. Emanuel Peter (**DIE LINKE**) lehnte ein Parkhaus auf versiegelter Fläche ab und schlug kostenlosen ÖPNV vor, Busverkehr mit kurzen Taktzeiten.

Stuttgart 21 – „Bergfest“ im Talkessel

Auf den falschen Berg gestiegen – Von nun an geht's bergab

Am 27. Februar war die Bahn wieder einmal in Feierlaune. Anlass war die Fertigstellung der Hälfte der 28 Kelchstützen, die das Bahnhofsdach einmal tragen sollen. Bei diesem „Bergfest“ hatten auch der S21-Architekt Ingenhoven und der neue Stuttgarter OB Nopper (CDU) etwas zu „feiern“.

Mag ja sein, dass die Bahn anspruchsvolle Kelchstützen bauen kann. Einen vernünftigen Bahnhof bauen kann sie jedenfalls nicht. Dazu passt, dass S21-Architekt Ingenhoven seinen Verdienst im Bau eines „avancierten und fortschrittlichen Gebäudes“, sieht. Dass es dabei um einen großen Bahnhof an einem wichtigen Bahnknoten ging, hat Ingenhoven wohl nicht verstanden. Dabei sollte das Bergfest ja eigentlich „Anlass für eine selbstkritische Bestandsaufnahme“ sein und die Suche nach Auswegen aus einer völlig verfahrenen Situation eröffnen.

Die Kontextwochenzeitung schreibt: *Bergfest heißt aber auch Halbzeit. Doch der Bergfreund weiß: Oben auf dem Gipfel mag die Hälfte des Weges geschafft sein, und diese Hälfte dauerte, weil bergan, länger. Doch bergab ist's nur vermeintlich leichter. Die Schwerkraft erlaubt zwar schnelleres Absteigen, fordert aber auch ihren Tribut, und wer nicht höllisch aufpasst, ruiniert sich dabei flugs die Knie oder strauchelt gar gen Abgrund.*

Da haben sich zwei gefunden! Als der neue Stuttgarter OB Frank Nopper und Christoph Ingenhoven auf einer der 14 bereits fertigen Kelchstützen standen und, endlich unbemaskt, so um die Wette grinsten, dass Zahnpasta-Hersteller vor Freude geweint haben müssen, da wurde erst deutlich, wie emotional unterkühlt die Stadt- und Landesoberen in den vergangenen zehn Jahren gegenüber Stuttgart 21 gewesen waren. Das ist nun vorbei, Nopper freut sich wie Bolle auf den neuen Bahnhof, Ingenhoven sowieso, und wann der fertig sein wird, das ist ja auch ein bisschen egal, wenn sich auf dem Weg dorthin so schöne Fotos machen lassen.

In dieser Hinsicht war die Veranstaltung ein PR-Event erster Güte. Bombenwetter, eindrucksvolle Ingenieurskunst, davor und darauf die Zähne bleckende Machertypen, Zukunft, Fortschritt, here we come!

Zahlen und Stuttgart 21, das ist sowieso eine Geschichte für sich: Kosten, Dauer, Zugkapazitäten, Tunneldurchmesser, evakuierbare Personen, alles in stetem Wandel. Frank Nopper mag nun bei dem Bergfest-Auftritt den Anschein erweckt haben, eine neue Harmonieoffensive gegenüber der Bahn zu starten, doch tatsächlich läuft diese Offensive schon lange, und sie hat wieder mit Zahlen zu tun. Kürzlich wurde berichtet, dass die Stadt Stuttgart zu Gunsten des Projektes seit 2011 gnädigerweise auf 140 Millionen Euro Ver-



zugszinsen verzichtet hat, die die Bahn eigentlich hätte zahlen müssen, da sie das von der Stadt 2001 gekaufte Gleisvorfeld noch nicht geräumt hat.

In einem Interview sagte Ingenhoven, er sei davon überzeugt, dass der neue Bahnhof zum neuen Wahrzeichen von Stuttgart werde, dieser die Gewichte in der Stadt verändere und eine neue Mitte schaffe. Weiterhin hoffe er, dass sich immer mehr Stuttgarter mit dem Projekt anfreunden werden, je mehr davon zu sehen ist. Die Kelchstützen seien Baukörper der ganz besonderen Art, jede für sich ist ein kleines architektonisches Meisterwerk. Ferner begrüße er, dass jetzt wieder ein Fan von Stuttgart 21 auf dem Rathaus-Chefsessel sitze. Und schließlich: Geld in dieser Dimension auszugeben und keinen Spaß daran zu haben, sei keine gute Idee.

Für OB Nopper ist Stuttgart 21 eine große städtebauliche Chance. Er sei davon so begeistert, dass er selbst auf die Stütze steigt und beim Betonieren mithilft. Auch sei er offen für die Idee, die Gäubahn durch einen neuen Tunnel zum Flughafen zu führen. Die Eröffnung 2025 sei so glaubhaft, dass sogar Verkehrsminister Hermann daran glaube. Und, auf Anspielung auf seinen Vorgänger Rommel: „Was eine Großstadt munter hält, das ist und bleibt die Unterwelt“.

Trotz aller „Freude“ sollte aber auch auf die zahlreichen Gefahren hingewie-

sen werden, die der neue Tiefbahnhof mit sich bringt. Daher erklärt es sich fast von selbst, dass diese bei den Feierlichkeiten unter den Teppich gekehrt wurden. Hier nur die zwei wichtigsten:

Gleisefälle

Mit über 15 Promille (statt erlaubten 2,5 Promille) ist das Nord- Südgefälle sechsfach überhöht, und die Gleise im Tiefbahnhof so steil wie in keinem anderen Großstadtbahnhof. Der Höhenunterschied zwischen dem Tunnel-Nord- und -Südportal im Bahnhof beträgt somit 6 Meter! Für Bahnexperten birgt die Schiefelage ein unbeherrschbares Sicherheitsrisiko. Mit dem Gefälle steige die Gefahr, dass Züge aufeinanderprallen oder wegrollen. Dem

Projekt müsse deshalb die Baugenehmigung entzogen werden. Aufgrund einer zusätzlichen extremen Querneigung der Bahnsteige können unbeaufsichtigte Kinderwagen und Koffer spontan vom Bahnsteig in das Gleisbett rollen.

Brandschutz

Entgegen der Behauptung Ingenhovens, es gebe jetzt sehr verschärfte Brandschutzparameter, die mit einem architektonischen Konzept überzeugen, ist im Brandfall keine ausreichende Evakuierungszeit vorhanden. Daher ist im Tiefbahnhof mit vielen Toten zu rechnen, falls die Züge und Bahnsteige voll besetzt sind und sich die Personen über Treppen und Aufzüge schnell ins rettende Freie retten müssen, bevor sie an Rauchvergiftung sterben. Auch ist Barrierefreiheit nicht gegeben, da es keine Rampen, sondern nur Treppen und Aufzüge für den Zugang zu den unterirdischen Bahnsteigen und zum Bahnsteigwechsel gibt.

Auch wenn wir nicht auf dem „Berg der fertigen Kelchstützen“ verweilen wollen, setzen wir uns für den Erhalt des Kopfbahnhofs ein und wollen deshalb auch weiterhin

OBEN BLEIBEN!

Gastbeitrag von Jürgen Hückstädt
Rottenburg

Ergebnisse der Landtagswahl in Rottenburg und im Ländle

CDU: Absturz einer Volkspartei

Es gibt Überraschungen, wenn man nicht die reinen Prozentzahlen im Vergleich zur Wahl 2016 heranzieht, sondern die Zahl der absoluten Stimmen, die die Parteien erhalten haben.

Die Wahlbeteiligung ist um 6,5 Prozent auf 66,4 Prozent zurückgegangen. Die Folge: **Eine Partei kann prozentual gewinnen, obwohl sie von weniger Personen gewählt wurde.**

Stadt Rottenburg

Erfreulich ist der Verlust der **AfD** in Rottenburg, die 1.100 Stimmen (2016: 3.019) verloren und nur noch 9,43 Prozent erhalten hat. Offensichtlich hat ihr die Stimmungsmache zur Coronapandemie nichts genutzt.

Ganze 65 Stimmen mehr haben die **Grünen** erhalten und sind mit 32,6 % (2016: 30,2 %) erstmals vor der CDU stärkste Kraft in Rottenburg.

Die **SPD** mit ihrer katholisch-konservativen Führung hat nochmals 400 Stimmen verloren und kommt jetzt auf kreisweit niedrige 8,8 % (2016: 9,9%).

Größte Verliererin ist die **CDU**: Selbst eine engagierte Kämpferin wie Diana Arnold konnte den Absturz der ehemaligen Volkspartei (Kreisvorsitzender Stephan Neher) um weitere 350 Stimmen auf 28,9% (2016: 32,6%) nicht verhindern. In Tübingen kam Arnold auf 14,4 Prozent und blieb dort selbst weit unter dem Landesdurchschnitt. Einige vermuten, dass dies die Rache der Tübinger CDU ist, weil die Rottenburger CDU 2016 die Kandidatin Lisa Federle nicht genügend unterstützten.

Einzig Gewinner sind in Rottenburg neben der **Klimaliste** (146 Stimmen) die **FDP** mit einem Plus von 568 Stimmen auf 8,9% (2016: 5,6%) und **DIE LINKE** mit 20 Stimmen mehr auf 4,0% (2016: 3,6%).

Bürgerentscheide

Den Absturz der CDU in Rottenburg eingeleitet hatte der erste Bürgerentscheid der Stadt über das zweite städtische Gymnasium. Die CDU unter OB Löffler, Bischof Kaspar und Hermann Steur (SPD) kämpften für ein katholisches Privatgymnasium – auf städtische Kosten, ohne dass dadurch die Schulraumnot am Eugen-Bolz-Gymnasium (EBG) behoben wurde. Bei der Kommunalwahl verlor die CDU erstmals ihre absolute Mehrheit im Gemeinderat und der damalige OB Tappeser (CDU) musste vor seiner Wahl zusagen, dass er für den Bau eines zweiten städtischen Gymnasiums eintritt.

Auch 2018 beim zweiten Rottenburger Bürgerentscheid über das Gewerbegebiet Galgenfeld verlor das Bündnis von CDU und SPD katastrophal die Abstimmung. Wen wundert es noch, dass die CDU Rottenburg bei Landtagswahlen seit 2006 (52,7%) auf 2011 (41,1%) auf jetzt 20,5 Prozent ins Nirwana einer Volkspartei abrutschte?

Landesebene

Das findet auf Landesebene seine Bestätigung: Die CDU verliert im Vergleich zu 2016 nicht nur 2,9%, sondern mit 278.000 Stimmen auch fast 20 Prozent ihrer früheren Wählerschaft – ein Debakel, das nicht nur von Susanne Eisenmann (Ministerin für Kultus, Jugend und Sport) verursacht wurde! Denn bedenkenlos fällt die CDU Entscheidungen über Köpfe der Bevölkerung hinweg und landet dann mit einem Bauchklatscher, wie auch bei Stuttgart 21.

Größter Verlierer auch auf Landesebene ist die **AfD** mit einem Minus von 5,4% oder gut 336.000 Stimmen weniger, das sind fast 42% weniger als 2016.

Auch die **SPD** muss sich entscheiden, ob sie endlich wieder eine soziale Politik für Millionen Bürgerinnen und Bürger oder eine Politik für ein Prozent Milliardäre machen will. Sie verliert noch einmal rund 144.000 Stimmen und damit mehr als 21% ihrer Wählerschaft von 2016.

Auch der Gewinn von 2,3% mehr bei den Grünen täuscht, denn absolut verliert die Automobil- und Digitalpartei 37.204 Stimmen. Kein Wunder, dass die Klimaliste sie vehement kritisiert und auf Anhieb fast 43.000 Stimmen holt. Auch **DIE LINKE** gewinnt nicht nur 0,7% hinzu, sondern 17.055 Stimmen hinzu, fast 11% mehr als 2016 und damit ein Trostpflaster, da sie den Einzug ins Landesparlament verpasst hat.

OB Neher: Nach Stuttgart?

In einem ausführlichen Interview (16.3.21) erklärt OB Neher das Wahldebakel damit, dass seine Partei drängende Probleme in den Städten nicht oder zu spät angepackt habe, so den Wohnungsbau, die Quartiersentwicklung mit fehlenden Orten, an denen sich Menschen begegnen können – siehe das Kreuzerfeld-Süd. Schielt Neher auf die Politik der Rottenburger **LINKE**? Stichwort: Haus der Begegnung auf dem Kreuzerfeld. Die Landes-CDU habe die Erfahrungen in den Kommunen missachtet, deshalb sollten jetzt junge Kommunalpolitiker nach Stuttgart. Er sei glücklich in Rottenburg, winkt aber mit dem Zaunpfahl: „Aber ich biete gern meine Arbeit und Erfahrung als Oberbürgermeister an.“ Nachtigall, ich hör dir trapsen!



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat
Kreisrat
„DIE LINKE“
Rottenburg

Kurz und bündig

Arnold auf Abschiebegleis?

Als Polizistin „mit Weitblick“ präsentierte sich die CDU-Kandidatin Diana Arnold für den Wahlkreis Tübingen und wollte für eine Verstärkung der Polizeikräfte im Landtag eintreten. Das ist auch bitter nötig, denn das Musterländle Baden-Württemberg hat mit 271 Vollzeitäquivalenten aktuell die niedrigste Polizeidichte pro 100.000 Einwohner, d.h. befindet sich dank dem CDU-geleiteten Innenministerium bundesweit auf dem letzten Platz. So viel ist dieser Partei im Sinkflug die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger wert. Im großen Interview der Rottenburger Post mit OB Neher erwähnte dieser nicht einmal ihren Namen.

Maskenaffäre der CDU/ CSU: System der Selfmade-Millionäre

Selbstbereicherung gefährdet unsere Demokratie

Pharma-Konzerne scheffeln momentan Milliarden durch Impfstoffe, nachdem sie aus Steuergeldern subventioniert wurden. Raffgieriger Politiker wollen Extra-Profit machen, indem sie „Zubehör“ vermitteln, während Millionen Hartz-IV-Bezieher und Hunderttausende in Kurzarbeit jeden Cent dreimal umdrehen müssen.

In Mannheim soll CDU-Bundestagsabgeordneter Nikolas Löbel über seine Firma eine Provision von 250.000 Euro erhalten haben, weil er Kaufverträge über Corona-Schutzmasken „vermittelt“ hat. Der CSU-Abgeordnete Georg Nüßlein soll sich durch ein Beraterhonorar für den staatlichen Ankauf von solchen Masken über rund 660.000 Euro mit Hilfe seiner Firma bereichert haben. Nachdem Staatsanwaltschaften gegen beide ermittelt, traten sie aus ihren Parteien aus.

In Thüringen kam der CDU-Bundestagsabgeordnete Mark Hauptmann in Verdacht, knapp eine Million Euro als Vermittlung für Maskengeschäfte kassiert zu haben. In einer e-Mail prahlte er damit, dass seine Frankfurter Firma den Bund sowie große Krankenhausketten beliefert habe. Gegen Hauptmann wird wegen Bestechung von Mandatsträgern ermittelt, die Südthüringer Kreisgeschäftsstellen der CDU in Suhl, Hildburghausen, Sonneberg und Meiningen und seine Privaträume wurden durchsucht.

In Berlin wird gegen den ehemaligen Abgeordneten Niels Korte (CDU) wegen unlauterer Geschäfte ermittelt. Als Jurist und Unternehmensberater ist er an einem Immobilienunternehmen beteiligt, das im April 2020 Schutzmasken verkauft hat.

Fundgrube CSU

Hektisch lassen die Parteiführungen von CDU/CSU von ihren Abgeordneten Erklärungen unterschreiben. Die Öffentlichkeit zu täuschen, fällt immer schwerer! Denn ebenfalls wird gegen den Ex-CSU-Justizminister (!) Alfred Sauter wegen des "Anfangsverdachts der Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern" ermittelt. Als Jurist hatte er den Vertrag von Nüßlein ausgearbeitet, der den Masken-Deal zwischen dem Hersteller und dem bayerischen Gesundheitsministerium ermöglichte. Dafür hat er neben einem

Rechtsanwaltshonorar einen „zusätzlichen Geldbetrag“ erhalten (Bayr. Rundfunk). Ganz aktuell geht es um Corona-Schnelltests, für die er 300.000 Euro erhalten haben soll.

Für die Justiz scheint die bayrische CSU eine große Fundgrube. So ist CSU-Bundestagsabgeordneter Tobias Zech zurückgetreten, weil er sein Amt mit bezahlten Beratertätigkeiten für die nationalkonservative Partei VMRO-DPMNE in Nordmazedonien verquickte.

Jetzt ermittelt die Justiz gegen Peter Gauweiler, dessen „Nebeneinkünfte“ als Abgeordneter rund elf Millionen Euro betragen sollen. Der Rechtsanwalt und vehemente Europa-Gegner erhielt während seiner Zeit als Bundestagsabgeordneter (2008-2015, 2013-15 stellvertretender CSU-Parteichef) regelmäßige Beraterhonorare vom Milliardär August von Finck, Eigentümer von Möwenpick, Banken und weiteren Unternehmen.

Einen Spezialfall stellt Ex-Verteidigungsminister Karl Theodor zu Guttenburg (CSU) dar, der nach seiner Plagiatsaffäre in den USA zum Berater und Mitgründer des Start-Ups Augustus Intelligence (2018) aufstieg und laut seinem Arbeitsvertrag ein Jahresgehalt von einer Million US-Dollar sowie Stammaktien dieser Firma im Wert von fast 13 Mio. Dollar erhielt (Handelsblatt, 22.12.2020). Er warb auch Philipp Amthor an, der für AI Lobbyarbeit bei Bundeswirtschaftsminister Altmaier betrieb – auf Briefen mit dem Briefkopf des Bundestags! Dafür erhielt er von AI neben teuren Reisen auch Aktienoptionen über rund 250.000 Euro. Trotz dieser Affäre wurde Amthor jetzt von der CDU in Mecklenburg-Vorpommern zu ihrem Spitzenkandidaten für die Bundestagswahlen gekürt.

Alles Einzelfälle?

Das Märchen von den Einzelfällen krönt Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU), der nicht erklären kann, wie er mit seinem bescheidenen Ministergehalt (ca. 20.000 Euro brutto) in Berlin-Dahlem eine Luxus-Villa für 4,125

Mio. Euro kaufen konnte. Der Minister mit seiner umstrittenen Äußerung „Hartz IV bedeutet keine Armut“ (2018) kaufte 2017 laut Tagespiegel außerdem eine Wohnung in Berlin-Schöneberg für einen hohen sechsstelligen Betrag, nachdem er bereits 2015 eine Wohnung in diesem Bezirk gekauft hatte. Jedenfalls scheiterte Spahn, dem eine große Nähe zu Pharmakonzernen nachgesagt wird, mit seinem Versuch, die Kaufpreise zu verheimlichen.

Die Grillwurst-Connection

Nicht nur die Beziehung zwischen Amthor und von Guttenberg oder die von Sauter und Nüßlein belegen ein enges Beziehungsgeflecht, wenn es um „Beraterverträge“, politische Seilschaften und Bereicherung mittels Lobbyarbeit von Abgeordneten geht. Das System der Self-made-Millionäre und der Lobby-Politik ist ein Modell, es heißt „Wirtschaftsbeirat der CDU“. Im Präsidium sitzt auch Friedrich Merz, Deutschland-Vertreter des weltgrößten Finanzinvestors Black Rock.

In diesem „Berufsverband“ sind 12.500 deutsche Unternehmen vertreten, die Einfluss auf „die Rahmenbedingungen der gesamten Wirtschaft“ nehmen, so die Präsidentin Astrid Hamker. Obwohl der Lobbyverband keine Parteigliederung der CDU ist, nimmt er regelmäßig an den Sitzungen der CDU-Parteivorstandes teil und hat dort Rederecht (Südwestpresse, 18.3.2021).

Dieses Modell erklärt, warum die Fleischlobby nach dem Schlachthof-Skandal bei Tönnies so viele Ausnahmeregelungen für Leiharbeiter und Werkverträge durchsetzen konnte. Ursprünglich wollte Hubertus Heil (SPD) von nach dem Corona-Ausbruch im Tönnies-Stammwerk bis Januar 2021 Werkverträge mit Subunternehmen und ab April 2021 Leiharbeit in Schlachtbetrieben über 50 Beschäftigte per Gesetz verbieten. Der Schutz der Beschäftigten muss absolute Priorität „insbesondere vor wirtschaftlichen Interessen“ haben, tönte CDU-Fraktionsvorsitzenden Ralph Brinkhaus noch im Sommer 2020. Jetzt blockierte



die CDU/ CSU den Gesetzentwurf mit dem Argument, dass in der Grillsaison Personalspitzen durch Leiharbeiter abgefangen werden müssen. So CDU-Abgeordneter Peter Weiß aus Emmendingen, Sitz der Großfleischerei Färber, und Brinkhaus aus Gütersloh, Firmensitz von Tönnies.

Im „Branchengespräch Fleisch“ von Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner sitzen zufällig Konzernchef Tönnies und CDU-Agrarministerin Barbara Otte-Kinast, Landwirtin in Niedersachsen. CDU-Agrarminister Peter Hauck (Baden-Württemberg) protestierte im Mai 2020 anlässlich von 399 Corona-Infizierten unter den 1.100 Beschäftigten von Müller-Fleisch in Pforzheim scharf gegen ein Verbot von Werkverträgen und Leih-

arbeit. Gemeinsam treten sie dafür ein, dass die deutsche Fleischindustrie - mit ihrem Umsatz von 40 Milliarden Euro der größte Zweig der Lebensmittelindustrie in der Hand von Konzernen wie Tönnies, Vion, Westfleisch und Wiesenhof – weiterhin für den Weltmarkt produziert. Die Wahlkampf-Spenden werden sich lohnen!

Demokratie verteidigen

Diese Verquickung von Politik und Wirtschaftsinteressen höhlt unsere Demokratie aus und gefährdet die Gesundheit von Abertausenden (siehe System Tönnies). Denn nicht demokratische Abstimmung und gesetzliche Kontrolle entscheiden über das Wohl von Millionen Menschen, sondern die Käuflichkeit von Politikern durch ein

paar Milliardäre. Deshalb reicht Transparenz über Parteispenden und Lobby-Vertreter allein nicht aus. Den Superreichen wie Finck müssen die Mittel für Bestechung entzogen werden – durch eine effektive Vermögenssteuer. Bei Bestechung durch eine Firma muss diese von öffentlichen Aufträgen ausgeschlossen werden. Die Verfolgung von Steuerhinterziehung und die Schließung von Steueroasen ist eine tagespolitische Notwendigkeit!



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat
Kreisrat
„DIE LINKE“
Rottenburg

Kitas: Hat SPD Forderung nach Gebührenfreiheit gekippt? SPD-Versprechen sind schnell Schnee von gestern

Die SPD feiert sich im Kreis Tübingen gern als führende Kraft für gebührenfreie Kitas im Bündnis von rund 20 Organisationen. Direkt nach den Kommunalwahlen war ein landesweites Bündnis „Gemeinsam für gebührenfreie Kitas in Baden-Württemberg“ an die Öffentlichkeit getreten.

Es besteht unter anderen aus dem DGB, ver.di, der IG Metall, der GEW, der Arbeiterwohlfahrt, dem Arbeitersamariterbund, Pro Familia, dem Landesverband Kinderagespflege, den Naturfreunden, der **LINKEN** und der SPD:

„Den Bündnispartnern geht es dabei darum, Familien zu entlasten, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf voranzutreiben, mehr Bildungsgerechtigkeit und gleiche Lebensverhältnisse im Südwesten zu schaffen – und nicht zuletzt Kinderarmut zu bekämpfen, die es auch in Baden-Württemberg gibt.“

Die SPD wollte mit einem Volksbegehren die Gebührenfreiheit in der Grundbetreuung von 35 Wochenstunden durchsetzen. Bundesweit besteht Gebührenfreiheit schon ab 1. August 2018 in Hessen - Gebührenfreiheit für sechs Stunden Regelbetreuung in den drei Kita-Jahren, die Eltern sparen dadurch bis zu 5.000 Euro pro Jahr! Ähnliches gilt für Rheinland-Pfalz, Hamburg, Berlin, Brandenburg und Nieder-

sachsen – in Baden-Württemberg gibt es sie schon in Keltern, Mannheim und Heilbronn. Künzelsau hat ab 1. Januar



2019 die Kita-Gebühren vom ersten Lebensjahr an abgeschafft. Bürgermeister Stefan Neumann begründete diesen Schritt: „Die Grundlage einer erfolgreichen Bildungsbiografie wird bereits im Kindesalter gelegt.“

In Rottenburg blockierte die SPD alle Anträge der **LINKEN** auf Gebührenfreiheit immer mit dem Argument, das müsse das Land bezahlen. Die SPD bezifferte die Kosten auf 529 Mio.

Euro. CDU und Grüne sahen den Staatshaushalt gefährdet, weil die Kosten nach ihrer Schätzung über 700 Mio. Euro betragen würden. Die Landesregierung „vergaß“ dabei, dass ihre Haushaltsreste – Gelder, deren Ausgaben geplant waren, aber nicht verausgabt wurden, auf 5,6 Milliarden Euro (2018) angewachsen waren, allein 2018 kamen 334 Mio. Euro hinzu. Locker hätte die Landesregierung mit diesen Geldern die Gebührenfreiheit verwirklichen können. Die Eltern wurden schlicht belogen!

Der Verfassungsgerichtshof Baden-Württemberg urteilte jedoch, dass der Gesetzentwurf der SPD der Landesverfassung widerspreche. Daraufhin erklärte SPD-Landeschef Andreas Stoch: „Für uns wird die nächste Landtagswahl auch eine Abstimmung über gebührenfreie Kitas sein.“

Das scheint Dorothea Kliche-Behnke, SPD-Kandidatin im Wahlkreis Tübingen - inzwischen gewählte Landtagsabgeordnete - und Mitglied des Landesvorstand, jetzt liquidiert zu haben. In ihrem Wahlflyer ist davon nicht mehr die Rede, das Wort „Kita“ taucht kein einziges Mal auf. So schnell sind Versprechen der SPD nichts als Schnee von gestern!

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

Digitalisierung lässt Stromverbrauch explodieren

Sie ist nicht umweltfreundlich und verschärft Probleme

Die Vertreter der **LINKEN** in Rotenburs Gemeinderat erhielten auf die Frage, wie stark der Stromverbrauch und damit die CO₂-Belastung durch den Einsatz digitaler Geräte und Infrastruktur an den Schulen steigen wird, keine Antwort. Niemand weiß es, niemand will es genau wissen!

Ebenso im Regionalverband Neckar-Alb bei der Abstimmung über den Innovationspark Künstliche Intelligenz, der ganze Regionen in Baden-Württemberg digital vernetzen soll. Das heißt: Für das Versenden großer Datenmengen über Rechenzentren werden riesige Mengen an Energie benötigt, die alles Gerade über CO₂-Einsparung durch Digitalisierung zu nichte machen!

Klimabilanz

Bereits heute, so eine vieldiskutierte Studie von „The Shift Project“ (2019) benötigt die gesamte Informations- und Kommunikationstechnik (Smartphones, Computer, Rechenzentren, Mobilfunknetze) mehr als 2,7 Prozent des weltweiten Stromverbrauchs und liegt in der Klimabilanz gleichauf mit dem Flugbenzin. Allein für den Betrieb des Internets sind 40 Großkraftwerke nötig. Das Institut für Klima, Umwelt und Energie in Wuppertal geht davon aus, dass die Digitalindustrie in Kürze mehr CO₂-Emissionen produziert wie der gesamte PKW-Verkehr.

Der bekannte „Wetterfrosch“ Sven Plöger mahnt, das der Stromverbrauch durch die Digital-Technologien jährlich um neun Prozent wächst. Allein der 5G-Mobilfunk wird bis 2025 einen Bedarf von 3,8 Milliarden Kilowattstunden haben, so viel wie der gesamte Stromverbrauch von Köln, Düsseldorf und Dortmund in einem Jahr – hinzu kommen 800.000 neue Sendeanlagen, die für 5G benötigt werden. Kein Wunder, dass der Physikprofessor Armin Grunwald warnt, die Digitalisierung sei nicht umweltfreundlich, sondern erzeuge neue oder verschärfe bestehende Umweltprobleme.

Gründe des Stromverbrauchs

Im März 2020 senkte Netflix die Bildqualität für seine Streaming-Dienste in Europa und reagierte damit auf EU-Kommissar Thierry Breton. Der hatte gefordert, für die Übertragung von Filmen im Netz (Streaming) die Qualität von HD (Hochauflösung von Bildern) auf Standard-Auflösung herunterzufahren. Ein schärferes Bild bedeutet die Auflösung eines Bildes in mehr Pixel: eine Standard-Auflösung benötigt drei Megabit pro Sekunde, ein HD-Video mindestens fünf Megabit und eine Ultra-HD 25 Megabit/sek. Das Videostreaming verbraucht aktuell

weltweit so viel Strom wie alle Haushalte in Deutschland, Italien und Polen zusammen!

Einsparung durch Digitalisierung

Mit Energie-Einsparung durch Digitalisierung hat das nichts mehr zu tun. Denn es geht nicht nur um den privaten

Komfort (und die Vernichtung vieler Kinos durch Streaming-Dienste), sondern um die Versendung enormer Datenmengen in der industriellen Produktion und in den Forschungszentren für Künstliche Intelligenz. Die Rechenzentren müssen rund um die Uhr und um den Globus in Betrieb sein und verbrauchen viel Strom für die Kühlung der empfindlichen Anlagen. Sie sind deshalb „das Rückgrat der Digitalisierung“, wie Alexander Rabe, Geschäftsführer des Internetverbandes eco warnte, als Svenja Schulze (SPD) ganz vorsichtig 70 Maßnahmen in ihrer „Umweltpolitischen Digitalagenda“ zur Regulierung des Stromverbrauchs in diesem Bereich vorschlug.

Die Rechenzentren müssen rund um die Uhr und um den Globus in Betrieb sein und verbrauchen viel Strom für die Kühlung der empfindlichen Anlagen. Sie sind deshalb „das Rückgrat der Digitalisierung“, wie Alexander Rabe, Geschäftsführer des Internetverbandes eco warnte, als Svenja Schulze (SPD) ganz vorsichtig 70 Maßnahmen in ihrer „Umweltpolitischen Digitalagenda“ zur Regulierung des Stromverbrauchs in diesem Bereich vorschlug.

DIE LINKE fordert endlich eine breite Debatte über Nutzen und Risiken der Digitalisierung in allen gesellschaftlichen Bereichen, nicht in Hinterzimmern, sondern überall in der Öffentlichkeit.

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat



Kurz und bündig

Spätes Bekenntnis zum Dubai-Pavillon

„Von der Wirtschaft – für die Wirtschaft“: Unter diesem Slogan sollten die großen Weltmarktführer aus dem Super-Ländle 15 Mio. Euro für den Pavillon auf der Weltausstellung im Orient spenden. Jetzt hat ein illustres Quintett von Weltmarktführern zur Unterstützung aufgerufen: Der Tunnelbauer Herrenknecht (Stuttgart 21!), der Dübel-Produzent Fischer, der Hersteller für Reinigungsgeräte Kärcher, Kabelhersteller Lapp und Maschinenbauer IST Metz. Auf der Expo in Dubai soll Spitzentechnologie aus Baden-Württemberg auf einer globalen Begegnungs-Plattform gezeigt werden, so Herrenknecht. Neben 190 Staaten präsentiert sich das Bundesland ab 1. Oktober 2021 als einzige Region, finanziert aus Steuergeldern des Landeshaushalts!

Obdachlose gibt es nicht im Kreis Tübingen

Zu den Haushaltsberatungen im Kreistag im Dezember 2020 hatte **DIE LINKE** beantragt: „Die Verwaltung wird beauftragt, dem Kreistag im ersten Halbjahr 2021 einen ausführlichen Bericht über die Lage von Obdachlosen im Landkreis vorzulegen. Er soll erstellt werden zusammen mit den Kommunen, den Streetworkern in den Kommunen, der Liga der freien Wohlfahrtsverbände und weiteren Anlaufstellen für Obdachlose.“ Jetzt wurde bekannt, dass die Kommunen im Landkreis sich geweigert haben, die Zahlen zu liefern. Das sei eine unnötige Arbeitsbeschaffungsmaßnahme, denn das Problem Obdachlosigkeit existiere im Landkreis nicht! Deshalb wird es auch keinen Bericht darüber geben. Motto: Was nicht sein darf, das nicht sein kann!

MAG IAS ist für Rottenburg gerettet

DIE LINKE gratuliert der Belegschaft

Nach zehn harten Verhandlungsrunden zwischen Betriebsleitung und IG Metall konnte ein neuer Tarifvertrag für zwei Jahre verabschiedet werden. 110 der 128 Arbeitsplätze in Rottenburgs Siebenlindenstraße bleiben erhalten, fünf Lehrlinge werden neu eingestellt.

Zwar müssen die Beschäftigten das Zugeständnis machen, auf Weihnachts- und Urlaubsgeld zu verzichten, aber sie erhalten dank der energischen Verhandlungsführung von Tanja Nitschke (IG Metall Bevollmächtigte für Tübingen-Reutlingen) eine Beschäftigungsgarantie für die nächsten zwei Jahre. Um das zu gewährleisten, können Beschäftigte und Auszubildende auch in anderen Werken eingesetzt werden.

Wenn der Betrieb 2021 Gewinne einführt, erhalten die Beschäftigten die Hälfte als Urlaubs- und Weihnachtsgeld, so die Zusage des Managing Directors Marcus Otto.



Möglich wurde dieser große Erfolg durch die landesweite Solidarität der Metalller aus Sindelfingen, Reutlingen, Tübingen sowie der politischen Unterstützung durch SPD, LINKE, Martin Rosemann (MdB) und OB Neher. Am gewerkschaftlichen „Band der menschlichen Solidarität“ vor Weihnachten

beteiligten sich Abordnungen vom Bosch-Werk Reutlingen, vom Siemens-Werk Kilchberg, vom Daimler-Werk Sindelfingen, vom Maschinenbauer Kion in Reutlingen - Mittelstadt und Beschäftigte von Somfy und von den Stadtwerken in Rottenburg.

Der Rottenburger Betriebsratschef Firmin Mauch freute sich riesig: „Die gelebte Solidarität hier in der Region gibt uns ordentlich Rückenwind.“ Diese Solidarität ist in der aktuellen Krise umso wichtiger!

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

Neues aus der Garttestroß 105 (1)

Derr Holger Steinmetz, der wohnt bei mir in der Garttestroß 105, seit fünf Semästerr. I hann für den Studiosus mei Garasch mit fließend Wasser reserviert. A bissle Souterrai, aber wirklich nett schlecht und mit komfortabler Nasszelle, fascht koin Schimmel.

Er studiert, des verzeelt der jedefall, obe im Schadeweilerhof bei de Förster und Jäger. Sei Fach, wo der studiert, nennt der Kerle Regionalmännatschment oder so. Koi Ahnung was des sei soll. Jedefall isch er ein Jenseits Raucher, Selbstgedrehte, Schwarzer Krauser – i kann Ihne sage!!!

Natürlich hann i jede Woch mit dem Kerle granatemäßige Händel. Noi, nett wäge saim blonde Rammertmädle, dess er vor mir am Woche-Ende immer verstecke will. Aber i komm dem Kerle immer uff d'Schliche. Neulich hatt er se vor mir als sei Kehr-Woche-Hilfe vorstelle welle. Aber den Trick kenn i scho lang, do isch'r bei mir beim Falsche. Und der Kehrrecht von derre isch immer no nett weg!

Noi, was i hann sage welle. Den Holger Steinmetz hann ich nach der Wahl für Stuaggert und de Landtag gfrogt, was er von derre Diana Arnold ghalte hott, Politesse im Dienst und Ortsvorstehere. Die wär doch ebbes für derr Landtag gwä. Oder? I moim so im Große und fast Ganze. Aber do hott mei Holger nix rausglatte. Betriebsgeheimnis, sagtt er. Aber wenn Sie mi frogett, i hann do so mei Vermutung. Wenn ich

rächt in der Annahme liege, dann hott mei Holger die Grüne gewählt, oder no viel schlimmer die Rote, die mir mei Garasch und des bissle Mieterhöhung wegnehme wollet. Isch doch wahr!

Vom OB Neher und dem seine Baumfäller-Brigade im Schänzle schwärmt mei Holger immer wieder. Er könnt jetzt viel besser beim Schänzle vorbeischanze. Dort soll's bald a neu Wilhelma gä, saggt'r. Aber der glaubt fascht alles. Au die Fahrradautobahn zwischen Tübingen und Raudeburg, die tät für 26 oder 30 Millionen eischlage wie a Bomb, wenn's no soweit isch, beleuchtet und beheizt, eisfrei.

Aber, no nett hudle, i schaff jetzt erscht amol an meiner dringend notwendige Mietharmonisierung und leichte Erhöhung für mei Garasch. Do will i mol sähe, wer am längerer Hebel sitzt, lieber Herr Steinmetz! Geh Du ruhig zum Mieterschutz und i lach mir en Ascht oder Borkekäfer, mei lieber Herr Gesangsverei!!

Es grüßt, wie immer sehr verbunden, der Vermieter Walter Schlotterbeck aus der Garttestroß, Raumschaft Raudeburg. Mei Motto:

Verbunde sind die Schwächling mächtig, doch der Starke isch am mächtigschte alloi!

MfG Walter

Brauchen wir das noch -
oder kann das weg? (1)

Hilfe! Sie haben das Grundgesetz geschrumpft

Grundrechte wozu? - Sie machen doch nicht gesund!

Werte verlieren ihren Wert. Rechte werden zu Privilegien umdefiniert. Freiheiten werden abgeschafft. Demokratische Rechte werden zu hohlen Phrasen. Diktatorische Maßnahmen im Namen der (Volks-) Gesundheit werden verhängt. Es wird eine Krise ausgerufen. Ängste werden geschürt. Gehorsam wird eingefordert. - Wie bitte? Wo, was, wie?

Ich hoffe doch, dass Sie nicht zu lange nachdenken müssen, wo das gegenwärtig geschieht. Seit über einem Jahr werden uns gravierende Einschränkung auferlegt, die uns in sehr unterschiedlichem Maße treffen bis hin zu existenzieller Vernichtung.

Schauen Sie sich einmal § 28a des Gesetzes zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen (Infektionsschutzgesetz - IfSG) in der Fassung vom 21.12.2020 an. Machen Sie sich dann den traurigen Spaß und legen die im Grundgesetz formulierten Grundrecht daneben. Was fällt Ihnen auf? - Ja, richtig. Es bleibt von den *verbürgten Grundrechten* nicht mehr viel übrig. (Siehe Kasten)

Sie meinen, ich würde übertreiben? Wir würden keinen Zwangsmaßnahmen unterworfen werden? Ja, Sie haben recht. Viele von uns sehen es nicht so. Sie fordern einen totalen Lockdown. Nur frage ich mich, wie soll es nach einem, wie lange auch immer dauernden, Lockdown weitergehen? Wird es dann keinen Virus mehr geben? Werden dann alle immun sein? Ich sehe nur in einer totalen Isolation *jedes* Einzelnen eine erfolgversprechende Maßnahme. Wollen wir das und wäre das noch ein lebenswertes Leben?

Passen wir auf, dass wir nicht durch die Hintertüre plötzlich mit Maßnahmen konfrontiert werden, die uns knebeln, dass uns die Luft weg bleibt und das nicht wegen Covid-19.

Ein Beispiel:

Sie möchten nicht geimpft werden aus - welchen Gründen auch immer -, aber ich versichere Ihnen, dass Sie nicht darum herumkommen werden, außer sie wollen als Paria weiterleben, von der Gesellschaft ausgestoßen, ihrer Rechte beraubt. Sie werden sich ohne Bestätigung einer Impfung nicht mehr frei im In- und Ausland bewegen können und Restaurantbesuche, Theateraufführungen, Sportveranstaltungen ...

werden Ihnen verschlossen bleiben. Als Vorstufe werden sie gezwungen werden sich immer und überall testen zu lassen.

Es gibt ja den Spruch, dass nichts so lange lebe wie ein Provisorium. Warum sollte das nicht auch für Ausnahmeregelungen in einer Pandemie gelten? Mehrfache Verlängerungen werden zu einem Dauerzustand und der zum „neuen“ Normalzustand.

Wie schnell es gehen kann, dass der „alte“ Normalzustand zum Ausnahmezustand wird, haben wir ja vor einem Jahr gesehen. Es wird von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) eine Pandemie ausgerufen. Wie steht es eigentlich um deren demokratische Legitimation? Wer definiert den Ausnahmezustand auf internationaler wie nationaler Ebene? Kurz danach wurde der Begriff „Pandemische Lage von nationaler

Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Art. 1.3 Grundgesetz

Tragweite“ in das IfSG eingeführt mit der Ermächtigung für das Bundesgesundheitsministerium ohne Zustimmung des Bundesrats Anordnungen und Rechtsverordnungen zu erlassen.

Es ist schon interessant, wenn man die Diskussionen verfolgt, dieses und jenes solle zur Absicherung ins Grundgesetz - z.B. Kinderrechte - übernommen werden. Wenn man den derzeitigen Umgang mit Grundrechten betrachtet, dann wird es ein Leichtes sein, auch „neue“ Grundrechte mit leichter Hand und mit fragwürdigen Begründungen zu versagen und zur Disposition der Exekutive zu stellen.

Und eine Frage muss immer gestellt werden, ob denn wirklich die viel beschworene (Volks-)Gesundheit im Vordergrund steht, wenn Grundrechte entzogen werden oder es nur ein Deckmäntelchen ist, um mit Angst und Krankheit Geschäfte zu machen. Die Aktivitäten von manchen Abgeordnete

lassen darauf schließen. Und selbstverständlich haben die Pharmaindustrie und ihre Lobbyisten auch nur das Allgemeinwohl im Sinn, gesponsert von Steuermillionen. Geschäftssinn, um nicht zuzugewinnen Profitgier, getarnt als unermüdlicher Einsatz für unser aller Gesundheit! Das Einhalten bestimmter, oft missverständlicher oder mit Vernunft nicht nachvollziehbarer, Maßnahmen wird viel Kontrolle und Überwachung

erfordern. Ängste werden die Maßnahmen als alternativlos erscheinen lassen und die Ängstlichen werden gehorchen. Dem Überwachungsstaat werden in der Absicht, gesund zu bleiben, Tür und Tor geöffnet. Bei Kontrollen wird es nicht bleiben. Fehlverhalten wird bestraft. OB Neher spricht in der Rottenburger Post (3. April 2021) von 370 Bußgeld-Verfahren wegen Verstößen gegen die Corona-Regeln seit Beginn der Pandemie.

Wenn man uns unsere Grundrechte nimmt, dann nimmt man uns das Recht zu Kritik und Widerstand, wie immer sie auch aussehen werden. Das Weigern Masken zu tragen und Abstand zu wahren, führt zu Demonstrationen. Die „Übeltäter“ werden flugs zu Störern der demokratischen Grundordnung, zu Gefährdern der Gesamtgesellschaft (Gesundheitsminister Manne Lucha, Grüne) gestempelt. „Friedlich und ohne Waffen heißt in Pandemiezeiten mit Abstand und mit Maske. Wer sich daran nicht hält, verhält sich asozial und macht sich strafbar.“ (Ralf Kusterer, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft) Natürlich müssen solche Demonstranten, kurz: Querdenker, vom Verfassungsschutz beobachtet werden.

Es ist gefährlich, wenn Kritik, die gewaltlos ausgeübt wird, als staatsgefährdend angeprangert wird. Nicht die Kritiker sind Feinde der Demokratie sondern die, die Kritiker diffamieren. „Ich bin dagegen“, kann sehr wohl zu besseren und vernünftigeren Lösungen führen.

Norbert Kern, Wendelsheim



Das geschrumpfte Grundgesetz

Regionalverband stimmt Innovationspark Künstliche Intelligenz zu

Digitalisierung unseres Lebens schreitet voran

Von den aktuellen Corona-Nachrichten überdeckt und von den Medien kaum wahrgenommen oder berichtet, beschloss der Regionalverband Neckar-Alb auf einer Sondersitzung am 2. März in Dusslingen den Beitritt zur „Genossenschaft Innovationspark Künstliche Intelligenz Baden-Württemberg e.V.“.



Gremien betreiben Ansubuffinanzierung und stellen Gewerbeflächen zur Verfügung, Start-ups und Großkonzerne produzieren und fahren die

Gewinne ein – ohne öffentliche Kontrolle!

Im Regionalverband sind die drei Landkreise Reutlingen, Zollern-Alb und Tübingen zusammengeschlossen, d.h. auch Rottenburg, Mössingen usw. gehören dazu. Mit diesem Beitritt konkurriert der Regionalverband zusammen mit den Regionen Stuttgart und Karlsruhe um Fördergelder der Landesregierung in Höhe von 50 Mio. Euro gegen die Mitbewerber aus Heilbronn/ Freiburg/ Ulm. Bis Juni entscheidet die Landesregierung endgültig über die beiden Projektvorschläge.

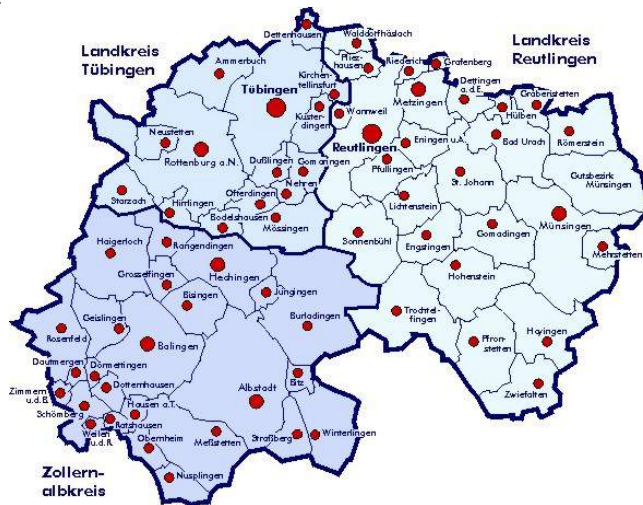
Leitindustrien

Laut Aufruf der grün-schwarzen Landesregierung (und vor allem Wirtschaftsministerin Nicole Hoffmeister-Kraut, CDU) geht es um die größte Innovationsförderung des Landes seit Jahrzehnten, so „dass in Baden-Württemberg ein möglichst großer Teil des globalen (!) Wertschöpfungspotentials realisiert wird“. Ziel ist es, Erfindungen möglichst schnell „in die wirtschaftliche Wertschöpfung“ zu bringen, d.h. durch eine branchenübergreifende Vernetzung in den Bereichen industrielle Produktion, Verkehr und Gesundheitsindustrie jährlich 1,9 Milliarden Euro zu erwirtschaften.

Durch den Innovationspark soll alles von der Grundlagenforschung in Unis, Max-Planck-Instituten über die Produktion bis zur Vermarktung miteinander verbunden werden. Die Medizintechnik und die Biotechnologie werden als „Leitindustrien des 21. Jahrhunderts“ bezeichnet.

Gelingen soll dies durch eine Zusammenarbeit von Staat und Industrie, genannt Public-Private-Partnership (PPP), sattsam bekannt durch Andi Scheuers überteuerte Autobahnfinanzierung. **Im Klartext: Öffentliche**

Die Genossenschaft soll das Dreieck Karlsruhe – Stuttgart – Neckar-Alb abdecken, wo jetzt schon über 40 Prozent der Gesamtwirtschaftsleistung des Landes stattfindet. Beitreten können der Genossenschaft sämtliche Betriebe und alle Kommunen in diesem Raum, sofern sie 25.000 Euro Eintrittsgeld bezahlen. Das soll bis 2030 eine Gesamtinvestition von über 1,5 Mrd. Euro und mehr als 8.000 Arbeitsplätze ermöglichen, garniert mit dem Gummibegriff Nachhaltigkeit. Die Vernichtung von Arbeitsplätzen durch Künstli-



che Intelligenz (KI) wird genauso wenig angesprochen wie der Wohnungsbedarf für die neuen Arbeitsplätze.

Industrieller Großsprech

Bereits 2019 hatte die Landesregierung diese Planung in einem „Positionspapier“ aufs Gleis gebracht und „sich zum Ziel gesetzt, sich zu einem Treiber für Künstliche Intelligenz mit internationaler Strahlkraft zu entwickeln“.

Das Cyber-Valley in Tübingen diene ihr als Modell für ihr KI-Ökosystem, „das weit über das Cyber-Valley hinausgeht“: „Damit wollen wir die ge-

samte Wertschöpfungskette bei KI - von der Grundlagenforschung über die angewandte Forschung, Entwicklung bis hin zur Produktion von Gütern und der Erstellung von Dienstleistungen - abbilden,“ verspricht Hoffmeister-Kraut.

Die zweite Corona-Welle war ein günstiger Zeitpunkt, im Oktober in einem Hauruck-Verfahren den zweiten Nachtragshaushalt in Milliardenhöhe zu verabschieden und damit das „Zukunftsland BW - Stärker aus der Krise“ mit den vier großen Zukunftsfeldern Gesundheitswirtschaft, Digitalisierung, Künstliche Intelligenz und Mobilität (Presseerklärung der Regierung) zu etablieren. Damit soll eine „historische Transformation“ erreicht werden. Die Landesregierung stützt sich dabei auf die Fraunhofer-Gesellschaft und den „Aufbau des neuen strategischen Schwerpunktbereichs Kognitive Robotik“.

Digitaler Umbau unseres Lebens

Genauso vielfältig wie die Anwendungsbereiche von Künstlicher Intelligenz ist das, was man darunter versteht. 2017 hat die Fraunhofer-Allianz Big Data den „Zukunftsmarkt Künstliche Intelligenz“ mit seinen riesigen Marktchancen untersucht. Die Studie ist die Blaupause für die aktuellen Entscheidungen der Landesregierung für den Innovationspark. Im Kern geht es darum, sämtliche Bereiche der Wirtschaft, des öffentlichen Lebens und unseres Alltags zu digitalisieren. Dabei ist Smart Home mit Befehlen an Alexa, die Zimmertemperatur zu erhöhen oder den Backofen anzuschalten, nur eine Spielwiese und ein Abfallprodukt, die die großen Veränderungen zwecks Steigerung der Produktivität verdeckt.

Das Wachstum in der Industrierobotik (mit 60 Prozent im Automobilbau und der Elektro-Industrie) hat sich seit 2005 stabil verdoppelt, angetrieben von den „Lohnsteigerungen und der Verknappung qualifizierter Arbeitskräfte“ (Fraunhofer). Auch bei den Servicerobotern geht es um die Ersetzung von Arbeitskräften, z.B. durch Einsatz von medizinischen und Pflegeleistungen, um „eine Steigerung der

Produktivität des medizinischen Personals zu erreichen, die Fehlerquote zu reduzieren und die Medizinkosten durch Telemedizin und Reduktion des klinischen Aufenthalts zu senken“.

„Gewerblich werden autonome Roboter vor allem in der Medizin (zur Operationsassistenz), in der Landwirtschaft (z.B. Melk- oder Mähroboter), in der Verteidigung (z.B. Drohnen) und in der professionellen Reinigung (z.B. Fensterreinigung) usw. eingesetzt.“ Die Anwendungsbereiche sind unerschöpflich und werden gesteuert von den Gewinnerwartungen, wie z.B. bei der modularen Montage im Audi-Motorenwerk in Győr/Ungarn, um eine „Produktivitätssteigerung von mindestens 20 Prozent“ zu erreichen (Fraunhofer).

Aktuell findet unter dem Vorwand von Kontaktbeschränkungen durch Corona gerade die Verlagerung tausender Arbeitsplätze aus Büros und Werkstätten ins Home-Office statt, beschönigt als CO2-Einsparung, da man sein Auto stehen lässt. Dafür kann man länger als vorgeschrieben arbeiten – möglichst unbezahlt!

Notwendig: Primat der Politik

Für den unkontrollierten Einsatz der künstlichen Intelligenz braucht es eine wirksame öffentliche Kontrolle statt einer Aushöhlung unserer Demokratie durch Großkonzerne wie Amazon, die kaum einen Pfennig Steuern zahlen, Betriebsräte verhindern und Schutzrechte von Beschäftigten abbauen. Oder wie Tesla riesi-

ge Landflächen versiegeln, Grundwasser entziehen und sich als Industriehelden aufspielen.

Wir brauchen eine öffentliche Diskussion in unseren Gremien statt Zeitdiktaten der Landesregierung, ohne Beratung schnell Beschlüsse zu fassen und öffentliche Gelder und Flächen bereitzustellen.



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat
Kreisrat
„DIE LINKE“
Rottenburg

DIE LINKE unterstützt den Solidaritätsfond Rottenburg

Auf Initiative von Astrid und Peter Kottlorz und mit Unterstützung der Bürgerstiftung Rottenburg wurde kürzlich ein Corona-Solidaritätsfond eingerichtet. Er soll für Personen, die noch keine Staatshilfe erhalten haben oder wegen Corona in eine besonders schwierige soziale Lage gekommen sind, unbürokratisch und schnell eine „spürbare finanzielle Hilfe“ geben, aber auch Solidarität und Hoffnung spenden.



Die Pandemie hat die soziale Spaltung der Gesellschaft noch einmal verschärft. Der Solidaritätsfond soll die ökonomische Notlage etwas abmildern und den sozialen Zusammenhalt in unserer Stadt stärken.

Gab es vor kurzem noch Hoffnung auf baldige Lockerungen der strikten Einschränkungen, so ist jetzt die Rede von

einem vollständigen Lockdown mit ungenauer Zeitdauer. Inzwischen sind bei vielen aufgrund der Länge der Pandemie sämtliche Rücklagen aufgebraucht, bei Einzelhändlern, gastronomischen und künstlerischen Kleingewerbetreibenden und bei Mini-Jobbern und Beschäftigten in Kurzarbeit und anderen.

Sie können sich mit einer Mail an solidaritaetsfonds@buergerstiftung-rottenburg.de oder mit Brief an die Bürgerstiftung, August-Hagen-Straße 5, 72108 Rottenburg wenden. Aufgrund der Stiftungssatzung (Gemeinnützigkeit) können aber nur Privatpersonen aus der Großen Kreisstadt Rottenburg berücksichtigt werden. Der

persönliche Antrag sollte den Umfang des finanziellen Problems und den Zusammenhang mit Corona angeben. Dies sollte mit einem kurzen Nachweis der Finanzlage wie zum Beispiel Kontoauszüge der letzten Wochen, Kreisbonuskarte belegt werden.



Der Antrag wird von einem fünfköpfigen Gremium bearbeitet, das alle Angaben **streng vertraulich** behandelt. Nach Ostern sollen die ersten Hilfen ausgezahlt werden, abhängig von der Höhe der eingegangenen Spenden.

Die Stadt Rottenburg, die Kreissparkasse und die Volksbank erhöhen die privaten Spenden großzügig!

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

Spenderinnen und Spender können auf Konten der Kreissparkasse und der Volksbank Rottenburg einzahlen:

KSK Tübingen IBAN DE02 641 500 20 0004 4987 73

VoBa Herrenberg-Nagold-Rottenburg IBAN DE71 6039 1310 0750 7410 15.

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer die Stadt!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer die Stadt!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer die Stadt!**

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Sie kennen mich! - Oder doch nicht so ganz?

Das Virus outet sich - oder uns

Liebe Absender,
zuerst: Herzlichen Dank für die ganz lieben Geburtstagsgrüße von der Pharma-Familie zu meinem 1. Geburtstag. So viel Zuwendung und Dankbarkeit hätte ich nie erwartet. Leider habe ich auch viele ganz böse Grüße auf Karten und in e-Mails bekommen.

Viele von Ihnen denken, dass meine Heimatadresse auf einem Viehmarkt in Wuhan ist, aber sie haben sich gründlich getäuscht. Ich habe mein Zuhause überall auf der Welt. Ich bin ein sogenannter Kosmopolit - ein Weltbürger - dank meiner vielen, meist sehr unfreundlichen Gastgeber, die mich eigentlich gar nicht mögen, aber mir trotzdem Herberge gewähren.

Im Gegensatz zur Pharma, die mich zu meinen Da-Sein beglückwünschte, habe ich auch viel Unglückswünsche erhalten. „Hau ab.“ „Lass uns in Ruhe.“ „Mach Dich vom Acker - du Miststück Du.“ „Dich sollte man tottesten und totimpfen“, „Ich wünsch Dir Corona in die Lunge und sonst wohin“ waren die freundlichsten von ihnen.

Auch ein paar Politiker haben mir, mit der Bitte nichts weiterzusagen, Glück gewünscht. Sie bedankten sich ausdrücklich dafür, dass sie mit mir herrli-

che Geschäfte machen konnten. Sie sprachen von Maskendeals und so. Sie hätten sich dank meiner Hilfe dumm und dämlich verdient. Ich gönne es ihnen.

Einige von den sogenannten Volksvertretern dankten auch, weil ich ihnen den Vorwand biete, das Untertanenvolk zu knebeln, heißt wegzusperren, und ihm jeglichen Spaß zu verderben, sei es Kinos und Theater und Museen und Sportveranstaltungen und vieles mehr zu besuchen. Einige bedankten sich auch ausdrücklich dafür, dass ich ihnen endlich erlaube, ihre Allmachtsfantasien zu verwirklichen. Meine Discretion erlaubt es mir nicht, Namen zu nennen, aber ich gehe nicht zu weit, zu sagen, das es sich im Typen aus allerhöchsten Kreisen handelt. Näheres erfahren Sie aus den Leitmedien und den Corona-Alarmsendungen nach der Tagesschau.

Nirgendwo bin ich gut gelitten., außer bei meinen Freunden aus der Impfkurve. Zugegeben, ich habe ein paar unangenehme Eigenschaften, die den einen oder andern atemlos machen, aber da unterscheide ich mich nur unwesentlich von Ihnen, meine potenziellen Gastgeber. Ich habe keine schlechten Charakter! Ich will nur leben, wie alle anderen auch und sind

wir doch ehrlich: Wer von Ihnen lebt nicht mehr oder weniger auf Kosten anderer? Denken Sie nur an den ausgebeuteten Kaffeebauern in Südamerika, die Näherin im fernen Osten oder den saisonalen Erntehelfer bei uns, der uns den Spargel sticht und die Erdbeere erntet. Wir sind doch alle Schnäppchenjäger: Sie jagen nach Billigstangeboten und ich eben nach günstigen Wirtskörpern.

Übrigens, Sie müssen nicht auf meinen Befehl hin in Quarantäne. Ich lasse mir nicht alles in die Krone schieben. Fragen Sie mal eine Frau M. und einen Herrn S. und die Damen und Herren Ministerpräsidenten und -innen und die Damen und Herren Volksvertreter und -innen, warum sie Ihnen etwas wegnehmen, das Ihnen zusteht. Lektüreempfehlung: Das Grundgesetz.

Nochmals Dank für alle Glücks- und Unglückswünsche. Wenn ich wieder mehr Zeit habe, dann erzähle ich Ihnen wieder mehr von mir. Bis dahin: Bleiben Sie mir gewogen, bleiben Sie gesund, denn ich will ja nur *mein* Bestes.

Es grüßt in aller Feindschaft ihr
Vitus Virus.



DIE LINKE.

Neues aus dem Neckartal

Termine:

Infostand von DIE LINKE auf dem Metzelpplatz wird noch bekannt gegeben.

**Bedingt durch die Corona-Maßnahmen entfällt:
Kommunalpolitischer Arbeitskreis DIE LINKE
Rottenburg**

Kontakt zu **linksjugend rothenburg**:
facebook.com/solid-rothenburg-a.N.
E-Mail: rothenburg@linksjugend-solid-bw.de

Redaktionsschluss für die Maiausgabe: noch unbekannt



Anregungen und Beiträge richten Sie bitte an
Gemeinderat Dr. Emanuel Peter (EP)
Zieglerweg 3, 72108 Rottenburg
Tel.: 07472 42096, e-mail: emanuelpeter@gmx.de



Redaktion und Gestaltung
Simon Binder (Bi), Teichlenstraße 11,
72108 Rottenburg



Norbert Kern (Ke), Kornbühlstraße 75
72108 Rottenburg - Wendelsheim



V.i.S.d.P.
Hans Jürgen Petersen (Pe), 72108 Rottenburg